



22.03.2011

Pressemitteilung

Behindertenpolitik der Bundesregierung: Passivität und Doppelmoral bilden „Koalition der Ausgrenzung“

(Bochum/Schwerin/Berlin) Als „Passivität und Doppelmoral“ bezeichnete heute die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE (BAG SBP) der Partei DIE LINKE die gegenwärtigen Aktivitäten der Bundesregierung im Hinblick auf Menschen mit Behinderung. Von jenen leben nach Angaben der BAG SBP derzeit etwa 8,7 Millionen im Bundesgebiet, was zehn Prozent der Gesamtbevölkerung entsprechen und deren Lebensumstände dringend „nachhaltig verbessert“ werden müssten, sollten sie menschenwürdig und gleichberechtigt in der Mitte unserer Gesellschaft leben können.

Genau das fordert die seit März 2009 auch in Deutschland rechtswirksame Behindertenrechts-Konvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) – gewissermaßen eine Ergänzung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 – von der Bundesregierung, Die hätte übrigens in diesem Monat dem zuständigen Ausschuss im schweizerischen Genf berichten müssen, was sie etwa in Bezug auf ein Ende der schulischen Aussonderung behinderter Kinder oder die Schaffung eines für alle Menschen in gleicher Weise nutzbaren öffentlichen Verkehrssystems – um nur zwei wesentliche Beispiele zu nennen – konkret zu tun gedenkt. Wenn überhaupt, wird es diesen „Aktionsplan“ jedoch erst im Juni geben – und dann mit Haushaltsvorbehalt. Menschenrechte dürfen also nichts kosten...

„Aber,“ so fragen Irene Müller, MdL M-V, und Eugen Baumann, die beiden Sprecher der BAG SBP: „was sollte Schwarz-Gelb den UN auch schon berichten? Etwa, dass man es im Bundestag mit Koalitionsmehrheit ablehnte, den diskriminierenden § 13 aus dem SGB XII zu streichen, der zwangsweise Heimeinweisungen allein aus Kostengründen ausdrücklich vorsieht?“ Den Aussagen Müllers und Baumanns zufolge passe das Vorhaben der Koalition, privaten Buslinienfernverkehr ohne verpflichtende Standards zu

Kontakt: **Eugen Baumann** Struthweg 7 98587 Steinbach-Hallenberg Tel.:01602043352 E-Mail: eu-baumann@online.de

Irene Müller Lenne'straße 119053 Schwerin Tel.: 01739241897 E.-Mail: Irene.Mue@web.de; i.mueller@dielinke.landtag-mv.de



Barrierefreiheit und Diskriminierungsschutz zu gestatten, ebenso ins Bild einer ausschließlich an den Interessen der Wirtschaft ausgerichteten Politik wie die kürzlich beschlossene Kürzung der Grundsicherung (Sozialgesetzbuch XII) für schwerstbehinderte Menschen um zwanzig Prozent, wenn Betroffene im Haushalt ihrer Eltern wohnen und von diesen notwendige Assistenz erhalten.

Während somit einerseits geltendes Völkerrecht durch die christlich-liberale Bundestags-Mehrheit permanent verletzt, die Benachteiligung behinderter Menschen also keinesfalls ab-, sondern stetig weiter ausgebaut wird, spielen sich in der gegenwärtigen Debatte um eine Legalisierung der so genannten Präimplantationsdiagnostik (PID) ausgerechnet erzkonservative Unionsmitglieder als alleinige VerteidigerInnen des uneingeschränkten Lebensrechts von Menschen mit Beeinträchtigungen auf. Die PID dient dazu, künstlich befruchtete Eizellen vor ihrem Einsetzen in die Gebärmutter auf eine mögliche Behinderung des erwarteten Kindes – etwa Muskeldystrophie oder Down-Syndrom – hin zu untersuchen und entsprechend „positiv“ getestete Embryonen zu vernichten.

„Das ist Doppelmoral und pure Heuchelei!“ erklärt BAG SBP-Sprecherin Irene Müller zu diesem Vorgehen. Müller, gleichzeitig Mitglied im Bundesparteivorstand DIE LINKE sowie im Deutschen Behindertenrat (DBR) aktiv, lehnt PID zwar mit Blick auf die Erfahrung der Jahre 1933-1945 ebenso kategorisch ab wie die übrigen MitstreiterInnen der Bundesarbeitsgemeinschaft, kann das Engagement der Konservativen in dieser Sache aber gerade jetzt nur schwer nachvollziehen: „Was soll das werden? Wenn ich möchte, dass Mütter ihre – potenziell – behinderten Kinder auch austragen und akzeptieren, muss ich als Politik oder als Gesellschaft insgesamt auch dafür sorgen, dass geborene Behinderte dann auch in Würde und Selbstbestimmung leben können!“ Von dieser Zielsetzung habe sich die Regierung im Jahre 2011 aber offensichtlich verabschiedet, so Müller und Baumann weiter.

DIE LINKE setzt dagegen konsequent auf Nachteilsausgleich, Inklusion sowie dadurch ermöglichte gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Zahlreiche Initiativen der BAG SBP bzw. ihrer über 200 – überwiegend selbst von Behinderung betroffenen – Mitglieder auf allen Ebenen von Staat, Partei und Gesellschaft zeugen von diesem Bestreben.

Mit solidarischen Grüßen

Der Sprecherrat der BAG SBP



**BAG Selbstbestimmte
Behindertenpolitik**

DIE LINKE.

i.V. Arnd Hellinger, . Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Lothringer Straße 47

D-44805 Bochum

E-Mail: Arnd.Hellinger@googlemail.com oder bahnarnd@hotmail.com

Web: www.die-linke.de

Kontakt: **Eugen Baumann** Struthweg 7 98587 Steinbach-Hallenberg Tel.:01602043352 E-Mail: eu-baumann@online.de

Irene Müller Lenne'straße 119053 Schwerin Tel.: 01739241897 E.-Mail: Irene.Mue@web.de; i.mueller@dielinke.landtag-mv.de